

Landkreis Ravensburg

den 29. Nov. 2016

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses
am 06.10.2016 im Landratsamt Außenstelle Weingarten, Sauterleutestr. 34, Weingarten,
Sitzungssaal Raum 009

Dauer 14:30 Uhr bis 18:00 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

Anwesend:

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Eugen Abler,

Herr Rolf Engler,

Frau Josefine Haberkorn,

Herr Thomas Kellenberger,

Herr Peter Müller,

Herr Christian Natterer,

Herr Daniel Steiner,

in Vertretung für KR Moll

FWV

Herr Matthias Grad,

Herr Hans Peter Künst,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,

Herr Siegfried Spangenberg,

SPD

Herr Gerhard Lang,
Frau Gisela Müller,

in Vertretung für KR Clement

ÖDP

Herr Max Scharpf,

in Vertretung für KR Prof. DR. Dieing

FDP

Herr M. A. Daniel Gallasch,

in Vertretung für KR Prof. Dr. Steidle

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Franz Baur,
Frau Diana E. Raedler,

Dezernent Finanzen, Schulen u. Infrastruktur
Dezernentin Arbeit und Soziales

Herr Klaus Preisinger,
Herr Magnus Klein,
Herr Jörg Urbaniak,
Herr Thomas Gössling,

Amtsleiter Amt für Migration und Integration
Amtsleiter Sozial- und Inklusionsamt
Amtsleiter Jobcenter
Sozial- und Inklusionsamt

Gäste

Frau Petra Heising,
Herr Torsten Hopperdietzel,

Institut empirica Berlin, zu TOP 3
Kreisbehindertenbeauftragter, zu TOP 8

Abwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

wird von Frau Meschenmoser vertreten

CDU

Herr Clemens Moll,
Frau Dr. Silke Rieser,

wird von KR Natterer vertreten

FWV

Herr Markus Ewald,
Herr Michael Lang,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Ursula Hilpert,

SPD

Herr Peter Clément,

wird von KR G. Lang vertreten

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing,

wird von KR M. Scharpf vertreten

FDP

Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

wird von KR Gallasch vertreten

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten des Jobcenters

3. 0142/2016
Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft - Fortschreibung;
Gast: Frau Petra Heising, Wissenschaftl. Mitarbeiterin d. Empirica AG - Forschung und Beratung

Angelegenheiten des Sozial- und Inklusionsamtes

4. 0148/2016
Förderung der Streetworker-Stelle Anode- ZfP Südwürttemberg - Fortsetzung der Bezuschussung
5. 0149/2016
Verlängerung der Förderung Caritas Substitutionsbegleitung (100 % - Stelle)
6. 0141/2016
Anträge im Rahmen der KVJS-Entwicklungsprojekte "Neue Bausteine" in der Eingliederungshilfe 2013-2018

Mitteilungsvorlagen

7. 0139/2016
Erweiterung des Präventionsprojektes "HaLt - Hart am Limit"
8. 0144/2016
Das Landes-Behindertengleichstellungsgesetz (L-BGG) – Inhalte und Umsetzung;

Gast: Torsten Hopperdietzel, Kommunaler Behindertenbeauftragter des Landkreises Ravensburg

9. 0159/2016

Welcome Center Bodensee-Oberschwaben - Sachstandsbericht

10. 0172/2016

Asylbewerberunterbringung - Sachstandsbericht

11. Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

12. 0132/2016

Kreisstrategie - Fortschreibung auf Basis der Ergebnisse des Klausurtags am 12.05.2015

13. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Sozialausschusses wurden am 19.09.2016 zu dieser Sitzung eingeladen.

Frau Meschenmoser begrüßt alle Anwesenden und entschuldigt Herrn Landrat Sievers. Sie übernimmt die stellvertretende Sitzungsleitung und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Herr Klein, der neue Leiter des Sozial- und Migrationsamtes, stellt sich zu Beginn der Sitzung kurz vor.

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung

Die stv. Vorsitzende gibt bekannt, dass TOP 9 (Welcome Center Bodensee-Oberschwaben – Sachstandsbericht) von der Tagesordnung abgesetzt wird, da noch weiterer Gesprächsbedarf besteht.

Außerdem müsse die Beratung des TOPs 3 (Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft) nach hinten verschoben werden, da Frau Heising noch nicht eingetroffen ist.

Anmerkung der Schriftführung:

Dieses Protokoll folgt der ursprünglichen Tagesordnung.

Aus dem Gremium werden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht.

2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zum Protokoll der Sitzung am 22.06.2016 gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

3. Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft - Fortschreibung; Gast: Frau

Petra Heising, Wissenschaftl. Mitarbeiterin d. Empirica AG - Forschung und Beratung (0142/2016)

Frau Raedler führt in die Thematik ein.

Frau Heising erklärt das Schlüssige Konzept mit einer PowerPoint-Präsentation.

KR Steiner stellt den **Antrag zur Geschäftsordnung**, die Angelegenheit nochmals zu vertagen. Die Grenzen der Angemessenheit bzw. die Festlegung einer unteren Grenze sei grundsätzlich eine politische Entscheidung und müsse in der Fraktion nochmals beraten werden. Außerdem bittet er um Vergleichsdaten aus den Nachbarlandkreisen.

Frau Heising hat heute noch keine verbindlichen Vergleichszahlen, wird diese aber ermitteln lassen.

Die stv. Vorsitzende hält fest, dass Verständnisfragen heute an Frau Heising gerichtet werden können, im Anschluss lasse sie dann über den **Antrag zur Geschäftsordnung** abstimmen.

Frau Heising beantwortet die Fragen der KRe Fiegel-Hertrampf, Kellenberger, G. Müller und M. Scharpf

- zur Zusammensetzung von Nettokaltmiete und Bruttowarmmiete,
- zur volkswirtschaftlichen Betrachtung von Angebot und Nachfrage, die sich im Mietpreis abbildet,
- zum Umgang mit Kauttionen und hohen Nebenkosten wegen schlechten energetischen Werten und
- zu den Auswirkungen der Fortschreibung auf bestehende Mietverhältnisse bzw. zum Bestandsschutz.

KR Spangenberg interessiert sich für die Hintergründe des Antrags der CDU-Fraktion.

KR Steiner führt aus, dass die Festlegung von Mietobergrenzen Auswirkungen auf das Investorenverhalten hat und daher politisch diskutiert werden müsse.

Die stv. Vorsitzende verweist auf die Tischvorlage von Herrn Urbaniak mit den errechneten Varianten für untere Marktsegmente als Beratungsgrundlage für die Fraktionen. Sie stellt in Aussicht, dass in Abhängigkeit von der Dimension der endgültigen Zahlen eine Kreistags-

Befassung erforderlich werden könnte. In diesem Fall müsste die Angelegenheit auf die Tagesordnung des Kreistags gesetzt werden.

Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwendungen geltend gemacht.

Antrag zur Geschäftsordnung (KR Steiner namens der CDU-Fraktion):

Die Entscheidung über diesen Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt. Die Angelegenheit soll in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses behandelt werden.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

4. Förderung der Streetworker-Stelle Anode- ZfP Südwürttemberg - Fortsetzung der Bezuschussung (0148/2016)

KR Engler wünscht weitere Erläuterungen zum Sperrvermerk und fragt nach dem Zeitstrahl des weiteren Vorgehens.

KRin G. Müller begrüßt die Erarbeitung einer neuen Konzeption und erkundigt sich nach einem Notfallplan für die Übergangsphase.

Frau Raedler erklärt den Aufbau des Beschlussentwurfs, welcher die Förderung des Kontaktladens und der Streetwork zusammenfasst. Es handle sich hier zwar um zwei getrennte Sachverhalte, die inhaltlich jedoch zusammengehören und daher in der Gesamtheit betrachtet werden müssten.

KR Engler sieht bei dieser Thematik die Landkreise gefordert. Er bittet deshalb, auch mit den umliegenden Kreisen in Kontakt zu treten und im nächsten Sozialausschuss nochmals nach einer sozialverträglichen Lösung zu suchen.

Frau Raedler möchte vermeiden, dass sich „die Nachbarlandkreise zurücklehnen“ und auf den Kreis Ravensburg verweisen.

KRin Fiegel-Hertrampf tauscht sich mit Frau Raedler über das Beschäftigungsverhältnis der Streetworkerin aus.

Beschlussentwurf:

1. Die Förderung wird in Folge der Auflösung der Anode gGmbH zum 31.12.2016 eingestellt. Über eine weitere Förderung der Streetwork durch den Landkreis Ravensburg wird im Rahmen einer Neukonzeptionierung für Schwerstdrogenabhängige beraten.
2. Vorsorglich werden 12.000 € mit Sperrvermerk in den Haushalt 2017 eingestellt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

5. Verlängerung der Förderung Caritas Substitutionsbegleitung (100 % - Stelle) (0149/2016)

KR Engler hält die Dezentralisierung dieses komplexen Aufgabengebiets für sehr wichtig. Die Massierung von so vielen Klienten an einem Standort müsse reduziert werden.

Frau Raedler sieht dies auch so. Die Auslastung der Schwerpunktpraxis sei allerdings in einem anderen Rahmen zu diskutieren, beispielsweise am Runden Tisch Substitution oder mit der Kassenärztlichen Vereinigung. Der Sozialausschuss könne lediglich zum Thema Substitutionsbegleitung entscheiden.

KRin Fiegel-Hertrampf tauscht sich mit Frau Raedler über die Sogwirkung aus anderen Landkreisen und die dortige Entlastung aus.

Beschlussentwurf:

Die bis zum 31.12.2016 befristete 100 %-Stelle für die Substitutionsbegleitung wird weitergefördert bis zum 31.12.2020. Der Zuwendungsvertrag mit dem Träger Caritas Bodensee-Oberschwaben ist entsprechend zu verändern.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

6. Anträge im Rahmen der KVJS-Entwicklungsprojekte "Neue Bausteine" in der Eingliederungshilfe 2013-2018 (0141/2016)

Herr Gössling verweist auf die als Tischvorlage verteilte Broschüre „Neue Bausteine in der Eingliederungshilfe 2013 bis 2015 – I“ des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden Württemberg.

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Angebot eines „Probewohnens“ für Menschen mit Behinderung bis zum Umfang von 20.000 €/Jahr in den Jahren 2017 und 2018 fortzusetzen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

7. Erweiterung des Präventionsprojektes "HaLt - Hart am Limit" (0139/2016)

KR Engler hätte sich mehr Zahlen gewünscht, insbesondere auch zum Thema „Neue Partydrogen“.

Die stv. Vorsitzende sagt zu, diesen Bereich im nächsten Bericht mit abzudecken.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

8. Das Landes-Behindertengleichstellungsgesetz (L-BGG) – Inhalte und Umsetzung; Gast: Torsten Hopperdietzel, Kommunaler Behindertenbeauftragter des Landkreises Ravensburg (0144/2016)

Auf Wunsch von KRin G. Müller nimmt Herr Hopperdietzel Stellung zum neuen Landesbehindertengleichstellungsgesetz und gibt einen ersten groben Überblick über die Inhalte. Außerdem informiert er über die Engpässe bei den Gebärdensprachdolmetschern.

KR Spangenberg stellt das große Engagement von Herrn Hopperdietzel heraus.

Auch die stv. Vorsitzende dankt Herrn Hopperdietzel für die konstruktive Beratung des Landkreises bei den Gebäudebegehungen.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

9. Welcome Center Bodensee-Oberschwaben - Sachstandsbericht (0159/2016)

Abgesetzt

10. Asylbewerberunterbringung - Sachstandsbericht (0172/2016)

Die stv. Vorsitzende kündigt an, dass dieser Bericht auch am 13.10.2016 im Kreistag vorgestellt wird.

Herr Preisinger und Herr Baur stellen die aktuellen Zahlen mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

Die stv. Vorsitzende betont, dass der Solidarpakt für den Landkreis sehr hilfreich war. Sie sei zuversichtlich, dass dieser sich auch in Zukunft weiter bewähren wird. Das gute Miteinander trage dazu bei, auch eventuell erforderliche Anpassungen an die Prognosezahlen auszuhalten.

KR Spangenberg erwähnt die Wohnsitzauflage und beschreibt ihre Auswirkungen in Einzelfällen.

KR P. Müller berichtet ebenfalls von Aufregungen im Helferkreis Wolfegg wegen der Wohnsitzauflage. Er bittet darum, die individuelle Situation im Auge zu behalten und die gesetzlichen Vorgaben nicht „auf Biegen und Brechen“ umzusetzen.

KR Gallasch schildert seine Versuche, bei Betroffenen zu vermitteln und bestätigt, dass im Einzelfall nach Lösungen gesucht werde.

Herr Preisinger teilt mit, dass es Ausnahmen von der Wohnsitzauflage gebe, wenn bestimmte Integrationsfaktoren vorliegen. Er erläutert die rechtlichen Rahmenbedingungen und sagt zu, die geschilderten Fälle zu prüfen.

KR Spangenberg legt Wert darauf, dass die möglichen Ausnahmen von der Wohnsitzauflage vor Ort bei den Helferkreisen kommuniziert werden, um dort Ängste abzubauen.

KR Kellenberger erzählt von einem konkreten Fall, der gut und im Sinne aller Beteiligten gelöst werden konnte.

KR P. Müller greift die Kommunen auf, die ihre Aufnahmequote bislang noch nicht erfüllt haben und fragt nach dem aktuellen Sachstand der Gespräche. Auch das Thema Flüchtlingssozialarbeit sei noch zu diskutieren. Da vor allem die kleineren Gemeinden überfordert wären, sei es hilfreich, die Flüchtlingssozialarbeit auf Dauer bei den Fachkräften des Landratsamtes zu belassen, gegen Bezahlung durch die Kommunen. Hier müsse eine gemeinsame Lösung gefunden werden.

Die stv. Vorsitzende sagt zu, ein Angebot für diese Dienstleistung (als Freiwilligkeitsleistung) auszuarbeiten. Dabei müssten jedoch steuerrechtliche und sonstige Rahmenbedingungen einbezogen werden.

KR P. Müller erkundigt sich nach der zeitlichen Dimension.

Die stv. Vorsitzende geht derzeit von Mitte/Ende November aus, rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen.

KR Kellenberger gibt zu bedenken, dass auch die Gemeinden ihre Haushalte vorbereiten müssen. Er plädiert dafür, eine gerechte Verteilung der Lasten anzustreben.

KR Engler erinnert an das Problem der Leerstände angekaufter Immobilien und die notwendige Anpassung der Wohnfläche pro Person. Für die Übergangszeit der Integration müsse es entsprechende Projekte, z.B. gemeinnützige Beschäftigungen, geben. Schlussendlich müsse man sich Gedanken über freiwerdende Kapazitäten (Personal, Räumlichkeiten, Amt für Migration und Integration) machen.

Herr Preisinger beschreibt die Bemühungen der Verwaltung, Arbeitsgelegenheiten zu generieren.

Frau Raedler lässt wissen, dass sich die Erfolge der Arbeitsmarktintegration noch sehr in Grenzen halten. Oft würden die Maßnahmen an den Sprachdefiziten scheitern und an der Bereitschaft, sich einer Tagesstruktur zu unterwerfen. Vermutlich werde die Arbeitsmarktintegration

tegration noch 6 bis 8 Jahre dauern.

Herr Baur nimmt Bezug auf die Gebäudeleerstände. Die Verwaltung werde jede einzelne Immobilie bewerten und sich eine passgenaue Strategie überlegen. Auf dieser Grundlage werde eine Angebotsliste für die Gemeinden erstellt. Zum Teil würde man die Unterkünfte auflösen (z.B. die Schützenstraße in Ravensburg) oder aus der Nutzung herausnehmen (Container verkaufen).

Die stv. Vorsitzende verweist bezüglich des Amtes für Migration und Integration auf die Unterlagen zur Haushaltsplanberatung. Die Verwaltung habe bereits im laufenden Jahr verantwortlich auf die aktuelle Situation reagiert und nicht alle Stellen besetzt. Auch sei ein Flügel der Agentur für Arbeit gar nicht erst angemietet worden.

Auf Frage von KR Nippe bittet die stv. Vorsitzende um Verständnis, dass die sich ständig verändernde Übersicht über die aktuellen Stände der Aufnahmequoten der Städte und Gemeinden weder in den Unterlagen noch im Internet aufgeführt wird.

KR Spangenberg stört sich an der Formulierung „für gemeinnützige Aufgaben heranziehen“. Zum einen sei dies vor Ort gar nicht so ohne weiteres umsetzbar. Zum anderen bestehe ein großer Bedarf nach qualifizierten Tätigkeiten.

KR Engler entgegnet, dass nicht nur die Sprache, sondern auch die Arbeit einen sozialen Wert darstelle. Daher sei die gemeinnützige Arbeit ein wichtiger Schritt als Zugang zu einer gelingenden Integration.

Die stv. Vorsitzende fasst zusammen, dass wohl beide Seiten dasselbe Ziel verfolgen.

KR Abler interessiert sich für die Berücksichtigung der Geduldeten in der Statistik der vorläufigen Unterbringung und der Anschlussunterbringung.

Herr Preisinger führt aus, dass viele Flüchtlinge eine gute Bleiberechtsprognose haben. Die Geduldeten, darunter vor allem Gambier, würden ebenso wie die Anerkannten, in die Anschlussunterbringung kommen und die entsprechenden sozialen Leistungen erhalten. Das Thema Abschiebung müsse vom Land stärker forciert werden. Programme wie RETURN müssten ausgebaut werden.

Auf Nachfrage erfährt KR Abler von Herrn Preisinger, dass sich die Sprachförderprogramme

in erster Linie an die Personen mit guter Bleiberechtsprognose richten. Geduldete Personen würden jedoch auch die für sie passenden Angebote erhalten.

Die stv. Vorsitzende ergänzt, dass sich die Betroffenen bei hoher Integrationsleistung über solche Programme bzw. Projekte auch ein Bleiberecht erarbeiten können.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

11. Mitteilungen und Anfragen

Es gibt keine Mitteilungen oder Anfragen.

Sozialausschuss am 06.10.2016:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

12. Kreisstrategie - Fortschreibung auf Basis der Ergebnisse des Klausurtags am 12.05.2015 (0132/2016)

Modifizierter Beschlussentwurf:

1. Der Kreistag stimmt der vorgelegten Fortschreibung der Kreisstrategie mit der Maßgabe der nachfolgend dargestellten Änderungen bei Leitzielen und Handlungsfeldern zu:

Leitziel: ARBEIT UND SOZIALES – Angelegenheiten der Ersten Landesbeamtin

1. Handlungsfeld (neu): Schule und Bildung - Flüchtlinge und Asylsuchende

Das Ziel 1 wird wie folgt ergänzt:

Sprachliche Angebote als Schlüssel zur Integration sind zu verstärken.

*Zur Unterstützung der gesellschaftlichen Integration sollen geeignete Angebote zur **Vermittlung der Werte des Grundgesetzes** durch muttersprachliche Vermittler geschaffen werden.*

2. Handlungsfeld: Asylbewerber und Migranten

Die Rückkehrberatung soll verstärkt werden. ~~Dazu wird das Ziel 2 wie folgt formuliert:~~

~~**Ziele sind:**~~

~~— **Rückkehr von mind. 60 Personen in ihr Heimatland.**~~

~~— **Eingesparte Sozialleistungen von mind. 240.000 €.**~~

Leitziel: ARBEIT UND SOZIALES – Angelegenheiten des Dezernates III

1. Das Leitziel Arbeit und Soziales wird beibehalten.
2. Zu seiner Umsetzung werden folgende weitere Maßnahmen beschlossen:
 - *Es werden zielgerichtet Projekte zur Kosten- und Fallsteuerung mit begleitendem Finanz- und Wirkungscontrolling geschaffen.*
 - *Das Ziel der Verringerung des Anteils stationärer Fälle im Vergleich zu ambu-*

lanten Fällen im Bereich der Eingliederungshilfe wird weiter verfolgt.

- *Die bisherige Kennzahl zur Zielerreichung im Handlungsfeld „Bildung und Teilhabe“ wird durch eine Quote ersetzt.*
 - *Die Ziele in den Handlungsfeldern „Hilfen für junge Menschen und Familien“ und „Kindertagesbetreuung“ werden weiter verfolgt.*
3. *Die Ziele der Handlungsfelder „Hilfe für ältere Menschen/Pflegestützpunkt“ und „Unterhaltsvorschuss“ werden wegen Zielerreichung nicht weiter verfolgt.*

Leitziel: KRANKENHAUSVERSORGUNG UND GESUNDHEIT

Handlungsfeld: Heimaufsicht

Die Verwaltung erhält den Auftrag, einen landesweiten Vergleich über die Erfüllung der Überprüfungsquote der Heimaufsicht anzustellen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu den daraus folgenden Änderungen bei den Finanz- und Personalressourcen dem Kreistag Vorschläge zur Entscheidung im Rahmen der HH-Beratungen 2017 zu unterbreiten.

Beratungsergebnis: einstimmig **modifiziert** empfohlen

Z. B.

Stv. Vorsitzende

Eva-Maria Meschenmoser

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Gisela Müller

Josefine Haberkorn